

STÄDTEBAULICHE STELLUNGNAHME

zum Antrag auf Förderung selbst genutzten Wohneigentums in Innenstädten

Auskunft* der amtsfreien Gemeinde/des Amtes für Gemeinde (Nichtzutreffendes streichen)

Bauvorhaben

Bauherr/Erwerber	Straße/Haus-Nr.		
PLZ/Ort	ggf. Ortsteil	Eingemeindet ab 11.07.2000? ja (Jahr?) _____/nein**	Kreisverwaltung
Angaben zum Grundbuch: Gemarkung		Flur	Flurstück

Das Bauvorhaben befindet sich in einem

- förmlich festgelegten innerstädtischen Sanierungsgebiet i. S. d. § 142 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

- förmlich festgelegten innerstädtischen städtebaulichen Entwicklungsbereich i. S. d. § 165 BauGB.

Name des Gebietes _____ Satzungsbeschluss vom _____

- Denkmalbereich

- vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) bestätigten innerstädtischen Vorranggebiet Wohnen in einem/einer
- regionalen Wachstumskern (RWK)
 - vom MIR geförderten Gebietskulisse des Bund-Länder-Programms Stadtbau-Ost „Für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“
 - Mittelzentrum gemäß der zentralörtlichen Gliederung des Landes Brandenburg
 - sonstigen Stadt

Ein Selbstbindungsbeschluss der Stadt/Gemeinde zu dem definierten Vorranggebiet Wohnen liegt vor.

Gebietsname _____ Beschluss vom _____

Das Bauvorhaben ist im Bestand ein Neubau
 ein Baudenkmal

Die Erschließung ist gesichert nicht gesichert voraussichtlich ab _____ gesichert
 Monat/Jahr

Es sind bodenarchäologische Maßnahmen zu erwarten ja nein

- Das Bauvorhaben entspricht den Zielen der Sanierung bzw. Stadtentwicklung.
 Die Stadt/Gemeinde setzt(e) für das Bauvorhaben Städtebauförderungsmittel ein.

Zuwendungsgegenstand und Richtlinie: _____

Höhe der Zuwendung einschll.
 kommunalen Miteleistungsanteils: _____ (Voraussichtliches) Jahr der Zuwendung: _____

Wenn zutreffend, bitte eine Kopie der städtebaulichen Stellungnahme der Städtebauförderung dieser Auskunft beifügen.

- Die städtebauliche Einordnung ist zwischen Bauherr/Erwerber und Stadt/Gemeinde noch weiter abzustimmen.

Ein aussagekräftiger Lageplan mit Kennzeichnung der Grundstückslage i. d. Stadt/Gemeinde ist der Auskunft beigelegt.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift

* Eine falsche Auskunft löst u. U. Amtshaftungsansprüche aus.

** Nichtzutreffendes streichen